

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

## INHALT

### Klimaschutz

Die Wärmewende ist ein Pfeiler fürs Erreichen der Klimaneutralität. **S. 2/3**

### Sprachförderung

Bei der Sprachförderung soll fortan kein Kind mehr durchs Raster fallen. **S. 4**

## Programme absichern

Bremen setzt sich auf grüne Initiative dafür ein, die Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose abzusichern. Dafür muss das bis 2024 befristete Teilhabechancengesetz verlängert werden. Das ist wichtig, um nur teilweise aus EU-Mitteln finanzierte Programme wie PASS, Lazzo und Perspektive Arbeit zu erhalten. Außerdem sollten dieses Instrument flexibler gestaltet werden. „Wir wollen damit künftig auch Berufsabschlüsse und berufsbezogene Weiterbildungen ermöglichen. Das kann die Chancen erhöhen, auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Henrike Müller.

# Klimaneutral bis 2038



**G**eschafft: Nach anderthalb Jahren Arbeit hat die Bremer Enquete-Kommission zum Klimaschutz ihren Abschlussbericht vorgelegt. Auf über 390 Seiten findet sich dort ein ambitionierter Fahrplan, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich zu senken und das Land Bremen bis 2038 klimaneutral zu machen.

Ein Schlüssel für die Bremer Klimaneutralität ist die Umstellung des Stahlwerks auf Wasserstoff-Basis, schließlich ist es für fast die Hälfte der hiesigen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Die Wärmewende, der Ausbau von Solar- und Windstrom sowie die Verkehrswende gehören ebenso zu den Vorhaben wie eine deutliche Verringerung des Fleischverzehr. „Nur wenn das Gesamtpaket

umgesetzt wird, kann das Land Bremen seinen Beitrag leisten, die fortschreitende Erderwärmung noch deutlich unter zwei Grad zu halten“, betont der klimapolitische Sprecher Philipp Bruck.

Die Investitionskosten für die Vorhaben werden auf bis zu sieben Milliarden Euro taxiert, plus hunderte Millionen Euro jährlich z.B. für Personal und Förderprogramme. Der Senat ist nun gefordert, bis zum Herbst einen Aktionsplan mit konkreten Umsetzungsschritten inklusive Finanzierung vorzulegen.

Eine Interview-Serie beleuchtet in den kommenden Ausgaben die unterschiedlichen Aspekte der Enquete-Empfehlungen, los geht's mit der klimafreundlichen Umstellung der Wärmeversorgung.

# Wärmepumpe statt Gas-Heizung

Philipp Bruck erläutert im Interview, warum der klimafreundliche Umstieg für die Bremer\*innen langfristig bezahlbare Wärmeversorgung sichert.

**F**ast 80 Prozent aller Wohnungen in Bremen werden mit Gas oder Öl beheizt. Damit Bremen bis 2038 klimaneutral wird, sollen in dicht besiedelten Gebieten Nah- und Fernwärmenetze für die Heizenergie sorgen, in allen anderen Bereichen sollen Wärmepumpen verbindlich werden.

**Wärmepumpen haben den Ruf, teuer und laut zu sein und in kalten Wintern nicht genug Wärme zu liefern. Außerdem sind Mindestabstände zum Nachbargrundstück oft kaum einzuhalten. Warum setzt die Klima-Enquete auf dieses Instrument?**

**Philipp Bruck:** Der Ruf ist falsch – oder mindestens veraltet. Wärmepumpen sind leiser geworden, bekommen selbst in unsanierten Altbauten auch im tiefsten Winter das Gebäude warm und sind auf Dauer günstiger als Gas oder Öl. Das hat erst letztes Jahr eine Studie des Fraunhofer ISE gezeigt. Seit Putins Krieg in der Ukraine und den gestiegenen Energiepreisen gilt das Preisargument noch viel mehr. Die Frage der Mindestabstände muss trotzdem rechtssicher geklärt werden.

**Gibt's genügend Fachkräfte, um das ambitionierte Vorhaben in so kurzer Zeit umzusetzen – zumal ja auch andere Städte ihre Wärmeversorgung umstellen und Aufträge verteilen?**

Das dürfte tatsächlich der kritische Punkt sein, das lässt sich schon

**„Wir wollen die Bundesförderung gezielt ergänzen.“**

heute beobachten, ob bei den Handwerker\*innen oder beim Personal in den Planungsbüros. Wir müssen viel mehr ausbilden, aber auch die vorhandenen Handwerker\*innen fortbilden, Umschulungen fördern, Studiengänge ausbauen und vieles mehr. Hier gilt höchste Priorität, damit das Personal nicht zum Flaschenhals wird.

**Mit Fernwärme werden derzeit gerade mal zehn Prozent der Bremer Haushalte versorgt. Der Neubau einer sieben Kilometer langen Leitung im Bremer Osten hat allein vier Jahre Planungsvorlauf gehabt. Jetzt soll das Fernwärmenetz bis 2038 um**

**220 Kilometer erweitert werden. Ist das realistisch zu schaffen, ohne z.B. die Beteiligungsrechte von Beiräten zu beschneiden?**

Das wird eine große Kraftanstrengung. Aber möglich ist es, das zeigen Beispiele aus Dänemark. In der Behörde wird dafür neues Personal eingestellt. Die 220 Kilometer Netz in den einzelnen Stadtteilen sind nicht ganz vergleichbar mit der großen Verbindungsleitung, die dürften einfacher machbar sein, weil es dann oft nur noch um kleinere Anschlussleitungen geht.

**Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg führen zu wirtschaftlichen Problemen. Klimafreundliche Wärmeversorgung plus ggf. energetischer Haussanierung erfordert aber Investitionen, die für viele Menschen kein Pappentiel sind. Gibt's eigentlich genug Förderprogramme z.B. auch für Rentner\*innen, die schwerere Kredite erhalten?**

Von der Bundesregierung gibt es viele sehr gut ausgestattete Förderprogramme, auch nach dem kürzlichen Förderstopp, ob für Gebäudesanierung oder für Wärmepumpen.

Die werden gerade noch überprüft und überarbeitet. In Bremen wollen wir diese Bundesförderung gezielt dort ergänzen, wo es noch Lücken gibt, z.B. durch zins- und tilgungslose Kredite auf Lebenszeit für Rentner\*innen, die dann erst von den Erb\*innen bedient werden müssen.

**Mancher hat gerade erst eine neue Gasheizung eingebaut mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Gilt dafür eine Übergangsfrist, auch wenn der Klimawandel keine Zeit lässt?**

In 16 Jahren soll Bremen klimaneutral sein – dann kann auch kein Erdgas mehr in der Heizung verbrannt werden. Das Wärmegutachten der Klima-Enquete hat aber auch gezeigt: Deutlich vorher dürfte es schon sehr teuer werden, mit Gas und Öl zu heizen, dann lohnt sich auch schon früher der Umstieg auf Wärmenetze oder Wärmepumpen. Die sichern langfristig bezahlbare Wärmeversorgung.

**Warum hat die klimafreundliche Energieversorgung der Gebäude überhaupt eine solche Bedeutung – die SPD spricht fast nur noch vom großen CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial in der Industrie?**

Klimaneutral werden wir nur, wenn alle Sektoren klimaneutral sind. Wer sich auf die Industrie konzentriert oder erstmal damit anfängt, kommt für die Pariser Klimaziele zu spät. Und der Gebäudesektor ist nicht nur zahlenmäßig hoch relevant, er ist auch politisch einer der wenigen Bereiche, die wir in Bremen durch unsere eigene Politik klimaneutral machen können, ohne maßgeblich auf Bund und EU angewiesen zu sein. Deshalb stehen wir hier auch besonders in der Verantwortung. Und nicht zuletzt zeigt die Ukraine-Krise, wie abhängig wir heute noch von Öl und Gas sind.

**Was ist nun parlamentarisch nötig, um die Wärmewende in Bremen und**

**Bremerhaven deutlich zu beschleunigen?**

Wir müssen vor allem schnell das Landeswärmegesetz auf den Weg bringen. Damit werden die Betreiber von Wärmenetzen, also vor allem swb/wesernetz, verpflichtet, einen Fahrplan zur Klimaneutralität vorzulegen und bis 2030 ihre Wärmenetze weitgehend auf erneuerbare Wärme umzubauen. Das Wärmegesetz liefert außerdem die Grundlage für die kommunale Wärmeplanung, mit der Bremen und Bremerhaven quartiersweise in Gebiete für Wärmepumpen und Gebiete für Wärmenetze aufgeteilt werden. Und schließlich werden die Bremer\*innen damit in die Verantwortung genommen, wann immer sie eine neue Heizungsanlage installieren, diese mindestens teilweise mit erneuerbarer Wärme zu planen.

**Warum nur teilweise?**

In der Enquete-Kommission haben wir uns verständigt, dass in der ersten Stufe 25 Prozent der Wärme erneuerbar erzeugt werden müssen. Das wird dann Gesetz. Sowohl aus Klimaschutzsicht als auch angesichts der drohenden Gasknappheit ist es aber natürlich schon heute sinnvoller, gleich auf 100 Prozent zu gehen und Wärmepumpen zu installieren, die ohne Erdgas-Spitzenlastkessel auskommen.

Mehr zum Thema findet sich hier: [www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



# Bei Bedarf Brückenjahr

Auf Initiative der Grünen wird die Sprachförderung vor der Einschulung verbindlich.

**B**remen stärkt mit einem neuen Kita-Brückenjahr die Sprachförderung vor der Einschulung. Damit erhalten auf Initiative der Grünen-Fraktion künftig alle Kinder, die darauf angewiesen sind und bisher nicht in die Kita gehen, die nötige Unterstützung. Für sie werden mindestens 20 Kita-Stunden pro Woche angeboten, um ihre Sprachfertigkeiten in der Unterrichtssprache Deutsch vor der Einschulung zu stärken.

„Das Kita-Brückenjahr ist ein Meilenstein. Kinder mit Sprachförderbedarf dürfen nicht länger durchs Raster fallen. Das Brückenjahr trägt zu einem guten Start in die Schule bei. Neben den Sprachkompetenzen werden in der Kita auch soziale Kompetenzen und motorische Fähigkeiten gefördert. Davon profitieren Kinder in ihrer Entwicklung enorm“, erläutert die kinderpolitische Sprecherin Solveig Eschen.



Das Angebot ist für alle Kinder verpflichtend, bei denen die Sprachstandserhebung einen Förderbedarf festgestellt hat. So ist es im Bremischen Schulgesetz geregelt. Der Primo-Test zur Sprachstandserhebung findet deshalb jetzt für Kinder ohne Kita-Platz frühzeitiger statt, damit sie im letzten Jahr vor der Schule Kindertagesbetreuung mit Sprachförderung erhalten. Für die zusätzlichen Angebote

mit verbindlicher Sprachförderung sind im Haushalt 2022/23 insgesamt 2,3 Millionen Euro veranschlagt. Dafür hatten sich die Grünen bei den Haushaltsverhandlungen eingesetzt.

„Wer Sprachförderbedarf hat, muss noch vor der Einschulung wirksam unterstützt werden. Zu späte Sprachförderung ist oft jahrelang eine Bremse für die schulische Entwicklung. Das Brückenjahr ist ein wichtiger Schritt für mehr Chancen der Kinder“, betont Solveig Eschen.

## Energieberatung ausgeweitet

Bremen verstärkt auf grüne Initiative die kostenlose Energieberatung in Quartieren mit hoher Armut. Hintergrund sind die Corona-Pandemie und rasant gestiegene Energiekosten. Durch Schulschließungen und Homeoffice haben Familien deutlich mehr Zeit in der Wohnung verbracht. Die Folge: durch höheren Energieverbrauch hohe Nachzahlungen bei gleichzeitig steigenden Preisen. „Die steigenden Energiekosten treffen Menschen mit geringem Einkommen überproportional hart. Die dezentrale Energie-Check-Beratung der Verbraucherzentrale hilft den Betroffenen, die Strom-, Heiz- und Wasserkosten zu senken. Das kann auch Energiesperren vermeiden“, so die sozialpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp.

## Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen  
Tel.: 0421 /3011-0  
E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
ViSdP: Matthias Makosch  
Texte: Matthias Makosch  
Fotos: iStockphoto